

PRESSESTIMMEN

WAHL IN SACHSEN-ANHALT

Neue Zürcher Zeitung

„Volkspartei“ Dieses Ergebnis zeigt, dass die AfD in Teilen Ostdeutschlands zur rechten Volkspartei geworden ist. Ihre Wähler lassen sich weder von der Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz noch durch interne Schlammschlachten und auch nicht durch radikale Reden abschrecken. Das Ergebnis zeigt, woher die AfD ihre relative Stabilität im Osten bezieht: aus der Implosion von Linkspartei und SPD.

■ Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Frankfurter Allgemeine

„Fragen“ Während Haseloffs CDU um Längen besser abgeschnitten hat als die Bundespartei in der Sonntagsfrage, liegen Sozialdemokraten und Grüne erheblich darunter. Sie sollten sich fragen, warum sie die Herzen und die Köpfe der Menschen in Mitteldeutschland nicht mehr oder noch immer nicht erreichen.

■ FAZ, Frankfurt

KALENDERBLATT



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

8. Juni

■ **1921:** Als erste Funkübertragung einer Oper wird Puccinis „Madama Butterfly“ aus dem Berliner Opernhaus ausgestrahlt.

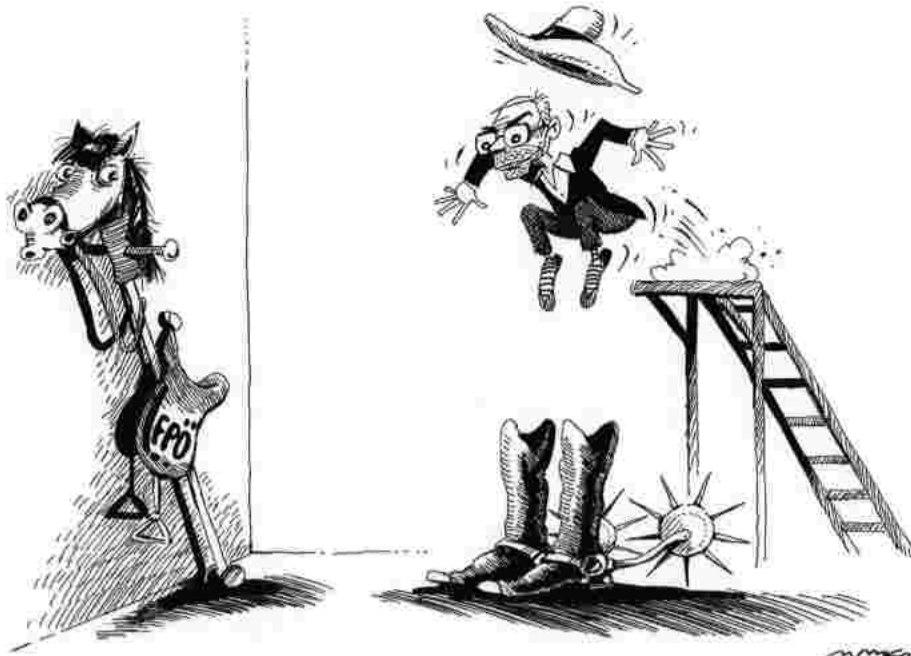
■ **1966:** Im Frankfurter Theater am Turm wird Peter Handkes Sprechstück „Publikumsbeschimpfung“ uraufgeführt.

■ **2001:** Die Bürger der Republik Irland lehnen in einem Referendum den EU-Vertrag von Nizza ab. An der Abstimmung beteiligt sich lediglich ein Drittel der 2,9 Millionen Wahlberechtigten.

■ **Geburtstag: Bonnie Tyler**, brit. Rocksängerin (1951)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 19 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Ross und neuer Reiter

Karikatur: Mayerhofer

MENSCHEN

HERBERT KICKL

Der Scharfmacher

VON ANNETTE GANTNER

Vom Redenschreiber zum Parteichef: Herbert Kickl, der die FPÖ im vergangenen Vierteljahrhundert inhaltlich mitgeprägt hat, hat sich an die Spitze bugsiert. Das FP-Präsidium designierte ihn – auch mangels Alternativen – zum Obmann.

Für seine Fans ist er die einzig richtige Wahl. Dem FP-Mastermind gelang es in all den Jahren stets, das Themenfeld zu entdecken, das von den anderen Parteien nicht beachtet wurde: ob es die Kritik am System, der Anti-Ausländerkurs oder zuletzt der Kampf gegen die Corona-Maßnahmen war.

Kickl durchlief weder die unteren Funktionsebenen noch war er je ein Burschenschaftler. Geboren am 19. Oktober 1968 in Villach, stammt er aus einer Arbeiterfamilie. Das Philosophiestudium schloss er nicht ab, stattdessen ließ sich der Kärntner von Jörg Haider faszinieren und dockte bei der FPÖ an. 1995 begann er in der Parteiakademie, er wurde Haider Pointenschreiber und Wahlkampfberater. Als sich das BZÖ abgespaltete, blieb Kickl bei der FPÖ unter Heinz-Christian Strache und stieg zum Generalsekretär auf. 2017 wurde er der erste blaue Innenminister – mit einer durchwachsenen Bilanz: Er verstörte ausländische Geheimdienste durch die Razzia beim Verfassungsschutz (BVT) und vertrat die Ansicht, dass das Recht der Politik folgen müsse. Kickl ist der einzige Minister, der je vom Bundespräsidenten aus dem Amt entlassen wurde. Eine offene Wunde, für die er Bundeskanzler Sebastian Kurz verantwortlich macht.

Kickls Waffen sind ein scharfer Verstand, eine geschliffene Rhetorik sowie die Freude



Kickl rückt endgültig in die erste Reihe vor. Foto: APA

am Konflikt. Er wirkt misstrauisch und wenig leutselig, über sein Privatleben weiß man nur, dass er verheiratet ist und einen Sohn hat.

Nach Straches Abgang hätte Kickl den Parteivorsitz wohl nicht abgelehnt, aber er erhielt nur den FP-Klub zugestanden. Diesen baute er zu seiner Machtbasis um, polarisierte ohne Maske und lud zu Anti-Corona-Demos. FP-Obmann Norbert Hofer wurde zum Statisten, den Kickl öffentlich verhöhnzte. Nun rückt er selbst in die erste Reihe vor und muss die Widersacher in der Partei von sich überzeugen.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON CLEMENS SCHUHMANN



Drei Landtagswahlen, stets siegte der „Einser“

In Deutschland ist heuer ein Super-Wahljahr. Seit Jahresbeginn wurden bereits drei Landtagswahlen geschlagen – in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (beide am 14. März) und am vergangenen Sonntag in Sachsen-Anhalt. Höhepunkt ist allerdings der 26. September. An diesem Sonntag im Herbst werden der Deutsche Bundestag, die Landtage in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie das Abgeordnetenhaus in der Hauptstadt Berlin neu gewählt. Außerdem endet mit dem Urnengang die Ära von Angela Merkel. Die langjährige CDU-Kanzlerin, die zeitweise als mächtigste Politikerin der Welt galt, tritt ja nicht mehr an. Das wird eine Zäsur – und zwar

nicht nur für Deutschland.



Laschet geht als Favorit in den Schlusspurt zur Bundestagswahl

Zieht man nach den drei bisher absolvierten Landtagswahlen 2021 ein erstes Resümee, dann fällt sofort auf, dass in Stuttgart, Mainz und Magdeburg

der jeweilige Ministerpräsident siegreich war – und zwar unabhängig von der politischen Couleur. Das war bei Winfried Kretschmann (Grüne) und Malu Dreyer (SPD) im Frühjahr so. Und das war am Sonntag auch bei Reiner Haseloff (CDU) so. Es gab also bei allen drei Wahlen einen klaren Zug hin zum „Einser“. Was bedeutet das aber nun für die Bundestagswahl, die Amtsinhaberin steht ja nicht mehr auf dem Stimmzettel?

Die – momentan – beste Ausgangsposition der drei Spitzenkandidaten hat Armin Laschet, der nach einem verletzenden Hickhack für die Unionsparteien CDU und CSU ins Rennen gehen darf. Er kann nun in Ruhe in den Wahlkampf gehen, die ständigen Anfeindungen vor allem aus den eigenen Reihen werden nach dem Erfolg in Sachsen-Anhalt (für den natürlich zu 99,9 Prozent Ministerpräsident Haseloff verantwortlich ist) weitgehend verstummen. Wichtig ist zudem, dass die „Brandmauer“ gegen die rechte AfD gehalten hat.

Für die zuletzt hochgejazzten Grünen war die Wahl in Sachsen-Anhalt eine Art Realitätscheck, der gezeigt hat, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen – Annalena Baerbock hin oder her. Umfragen sind das eine, Wahlergebnisse das andere. Das ist übrigens auch der letzte Strohalm der Sozialdemokraten – aber in einem anderen Sinn: Die SPD muss alles auf die Karte Olaf Scholz setzen und hoffen, dass der Spitzenkandidat am Wahltag signifikant besser abschneidet als seine Partei.

✉ c.schuhmann@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA

Kapitalismus zerstört Umwelt – echt?

Auf Klimaschützer-Demos werden gerne Plakate hochgehalten mit Parolen wie „Kapitalismus tötet unseren Planeten“. Ein direkter Zusammenhang zwischen Kapitalismus und der Umweltzerstörung lässt sich aber in Wahrheit anhand von Daten nicht belegen.

Abgesehen natürlich vom Umstand, dass es auch in nicht-kapitalistischen Staaten Umweltverschmutzung gibt (Russland, China, etc.).

Seit mehr als 20 Jahren veröffentlicht die Yale-Universität den Environmental Performance Index, der zeigt, wie gut rund 180 Länder

im Umweltschutz sind (Österreich liegt auf Platz sechs). Eine der konsistenten Lehren daraus ist, dass das Erreichen von Nachhaltigkeit ausreichenden wirtschaftlichen Wohlstand erfordert, um die öffentliche Gesundheit und die Umweltinfrastruktur zu finanzieren.

Die Forscher schreiben, dass es einen klaren Zusammenhang zwischen dem Bruttosozialprodukt und dem Stand des Umweltschutzes in einem Land gibt.

Die Folgerungen sind so eindeutig wie überraschend: Anhand der analysierten Daten kann man sehen, dass der Kapitalismus und wirtschaftliche Freiheit gut für die

Umwelt sind. Natürlich, dem Planeten geht es nicht gut: Die Temperaturen steigen, die Meere übersäuern, Regenwälder werden abgeholzt. Aber unser Wirtschaftssystem dafür verantwortlich zu machen, ist erstens inhaltlich falsch und zweitens im Sinne der Sache nicht klug. Denn die Kapitalismuskritik ist so abstrakt und allgemein, dass sich zwar viele Protestierende unter diesem Schlagwort wiederfinden, aber völlig unklar bleibt, was eigentlich nun konkret zu ändern ist.

Selbstverständlich sind auch die hier zitierten Forschungsergebnisse mit Vorsicht zu genießen, dennoch

weisen sie darauf hin, dass Klimaschutz ein komplexeres Thema ist, als manchem lieb ist. Die Daten suggerieren zum Beispiel, dass ein nachhaltiger Schutz der Umwelt in ärmeren Ländern durch mehr Wohlstand und damit alternative Einkommensquellen zur Ausbeutung der Umwelt erreicht werden könnte. Paradoxe Weise könnte also mehr Wachstum der Umwelt helfen. Das befreit uns allerdings in unseren Breitengraden auch nicht davon, die Umwelt besser zu schützen.

Wenn allerdings die Verschmutzung der Umwelt keinen Preis hat, dann wird der Markt als wichtiger

Mechanismus des Kapitalismus auch nicht in der Lage sein, das gebührend zu berücksichtigen. Der Umstand, dass die Umweltverschmutzung keinen Preis hat, ist aber nicht ein Versagen des Kapitalismus, sondern der Rahmenbedingungen, welche über das demokratische System festgelegt werden.

Nennen wir es also beim Namen: Nicht der Kapitalismus ist das Problem, sondern unser aller Bereitschaft, der Umweltnutzung einen hohen Preis zu geben.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU.